

Korrespondent.

Bezugpreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abnahme von mehreren Bänden: bei Zustellung von 6 Bänden unter Umständen in
einmal mit dem Bande annehmen. Preisliste: monatlich 1.20 Mk. außer 42 Pf.
— Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit 6 bis 7 Seiten nachmittags.
— Bei unserer Originalnachrichten ist mit besonderer Drucklegung versehen.
— Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Meinungen der Mitarbeiter.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitig. illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. handelsbell.
mit neueste. Marktnotizen

Anzeigenpreis: für die erste Beilage oder deren Raum für Merseburg und umge-
gend 10 Pf., für die übrigen 25 Pf., anderwärts von 20
20 Pf., im Fernverkehr 40 Pf. Bei langfristigen und sonstigen besonderen Ver-
trägen für Anzeigenblätter nach Vereinbarung. Für Anzeigenblätter mit Offiziellen
besondere Berechnung, nach Anweisung mit Berücksichtigung. Beilagenpreis Merseburg
— Anzeigen für höhere Schulbildung nur am Tage vorher. Fern-
Anzeigen bis höchstens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags. Preis

Nr. 101.

Freitag den 1. Mai 1914.

40. Jahrg.

Die Fideikommissionen im Lichte der Statistik

Von Dr. Herz-Harburg.

1. Nach den Grundlagen des bürgerlichen Rechts darf niemand über sein Eigentum weiter als bis zur zweiten Generation verfügen, bei Fideikommissionen dagegen kann der Wille des Einzelnen allen künftigen Geschlechtern auferlegt werden. Die Ordnung des Fideikommissionenwesens ist leider dem Rechtsrecht entzogen, sie ist Sache der einzelnen Bundesstaaten. Die preussische Regierung hatte bereits im Jahr 1903 einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Fideikommissionenrecht neu regeln und die Buntschiedlichkeit der Bestimmungen beseitigen sollte. Dieser Entwurf ist lang- und langlos verbunden. Jetzt liegt bekanntlich dem Landtage ein neuer Entwurf über Familienfideikommissionen und Familienstiftungen vor. In der ausgesprochenen Absicht, statistische Grundlagen für die volkswirtschaftliche Beurteilung der Fideikommissionen zu schaffen, hat der Regierungsrat Dr. Köpfer in der Zeitschrift des königlich preussischen Landesamtes im amtlichen Auftrage eine Arbeit über die Fideikommissionen in Preußen im Lichte der Statistik bis zum Ende des Jahres 1912 erscheinen lassen, die jetzt als Sonderabdruck vorliegt. Sie enthält detailliertes Material, das die offizielle Begründung des Gesetzentwurfs wertvoll ergänzt.

Im Jahre 1850, in dem die 1848 abgeschafften Fideikommissionen wieder eingeführt wurden, zählte man 519 Fideikommissionen mit 1,3 Millionen Hektar, 1895, im ersten Jahre der Fideikommissionenstatistik, waren es 1022 mit 2,1 Millionen Hektar — 6,1 Prozent der Gesamtfläche des Staates, 1912 ist die Zahl auf 1277 mit 2,5 Millionen Hektar heraufgeschwollen. 7 Prozent des preussischen Staatsgebietes sind damit fideikommissionarisch gebunden. Im neuen Jahrhundert sind allein 203 Fideikommissionen mit 318 000 Hektar geschaffen worden; 24 1/2 Tausend Hektar jährlich sind also neu gebunden. Dem stehen allerdings in einigen Jahren nicht unbeträchtliche Abgänge gegenüber. Diese bedeuten aber nicht immer einen Abgang in freien Besitz; so ist z. B. im Jahre 1909 die Fideikommissionenherrenschaft Meisen des Fürsten Sulkowski im Kreise Rixia nach Aussterben der Familie an den Staat gefallen. Ein weiterer Abgang ist dadurch zu vermeiden, daß die Stolbergischen Stammgüter neuerdings nicht mehr als fideikommissionarischer Besitz angesehen werden. Gab es im Jahre 1903 noch 75 Kreise ohne Fideikommissionen, so sind es im Jahre 1912 nur noch 58. Geht die Fideikommissionenherrenschaft in diesem Tempo fort, so wird in ungefähr 23 Jahren ein weiteres Prozent fideikommissionarisch gebunden sein.

Die Fideikommissionen gehörten 1912 1160 Besitzern (1907 waren es nach dem statistischen Jahrbuch 1907 Fideikommissionen mit 1075 Besitzern). Von den Besitzern gehören zu den regierenden Häusern 25 (26), zu den Standesherrn 37 (36), zu den Angehörigen fürstlicher Häuser 29 (28), zu den Grafen 269 (255), zum sonstigen Adel 664 (614). Bürgerliche Fideikommissionenbesitzer gab es 136 (116).

Das Bedürfnis des hohen Adels, für den das Vorkommen der Erstgeburt im 14. Jahrhundert von Frankreich nach Deutschland gebracht wurde, ist offensichtlich gedeckt. Dagegen ist für die übrige Adel, für den das Fideikommissionenrecht im 17. Jahrhundert, namentlich nach der Beendigung des 30jährigen Krieges, aus Spanien eingeführt wurde, noch nicht gesättigt. Auch in bürgerlichen Kreisen verdrängt sich der Hang zu Fideikommissionenherren, der stärker ist, als es in den Zahlen zum Ausdruck kommt, weil von einer ganzen Anzahl bürgerlicher Fideikommissionenbesitzer die bei der Gründung des Fideikommissionen erwartete Erhebung in den Adelsstand erreicht worden ist.

Die Fideikommissionen sind im Osten der Monarchie einschließlich Schleswig-Holstein weit stärker verbreitet als im Westen. Auf Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz und die Hohenzollern-

schen Lande fallen nur 413 700 Hektar, d. h. nur etwa 1/6 der ganzen Fideikommissionenfläche. Im Osten hat Schlesien mit 17,3 Prozent der Gesamtfläche der Provinz den größten Fideikommissionenbesitz, im Westen (mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande, dessen Fideikommissionenbesitz fast ganz fürstlicher Hausbesitz ist) Westfalen mit 7,8 Prozent der Gesamtfläche. In zwei Regierungsbezirken, Oppereln und Stralund, gehört über 20 Prozent, in drei Regierungsbezirken, Breslau, Sigmaringen und Tregnis, über 10 Prozent der Fläche den Fideikommissionen. 36 Fideikommissionen sind größer als 10 000 Hektar, 55 werden in der Größenklasse von 5—10 000 Hektar gefaßt; diese 91 Fideikommissionen haben über eine Million Hektar Flächeninhalt. Die Fideikommissionen sind überwiegend im Besitze der fürstlichen Geschlechter und deren Standesherrn, dann finden sie sich noch bei den Grafen, bei den sonstigen Adligen sind sie fast bedeutungslos, bei den bürgerlichen verschwinden sie ganz. Die Neubildungen haben allem Anschein nach die Neigung, mehr kleinere Güter fideikommissionarisch festzulegen. Nur in Pommern und in Schlesien ist die durchschnittliche Größe der Neubildungen in den letzten 12 Jahren gestiegen. Das liegt wohl hauptsächlich daran, daß die Fürsten und Magnaten sich wenig mehr an Neugründungen beteiligen und die meisten Waldböden, die natürlich größeren Umfang haben, bereits seit langem fideikommissionarisch gebunden sind.

Der neue Entwurf will die Gründung neuer Fideikommissionen in denselben Kreisen unterlagen, in denen 10 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche bereits fideikommissionarisch gebunden ist. Das ist von 487 Landkreisen in 62 der Fall. Von diesen liegt einer in Hannover, je 2 in Westfalen, Sachsen, Westpreußen und der Rheinprovinz, je 4 in Brandenburg und in Schleswig-Holstein, 6 in Ostpreußen, 7 in Pommern, 9 in Posen, 23 in Schlesien (3 Kreise in Schlesien und 2 in Schleswig-Holstein haben mehr als 20 Prozent Fideikommissionenbesitz). Es sind also noch Kreise genug für Fideikommissionen neugründungen vorhanden, selbst in Schlesien, dem Dorado der Fideikommissionen, bleiben noch 39 übrig. Der neue Gesetzentwurf ist daher einem direkten Anreiz zu Neugründungen und dient damit mehr der Interessen der neuerdings ja auch organisierten Fideikommissionenbesitzer als denen der Allgemeinheit.

(Schluß folgt.)

Die Geschäfts- lage der Abgeordnetenhaus

wurde am Mittwoch abends dem Abg. P a c h n i e einer herben, aber berechtigten Kritik unterzogen. Es drohen jetzt im Dreiklassenparlament Abendstimmungen; der Präsident kündigte sie bereits an, da es den Anschein hat, als ob ohne solche Stimmungen die Beratungen nicht vor Pfingsten bis zu dem gezielten Ziel geführt werden können. Dr. Radtke widersprach der Ansetzung von Abendstimmungen — mit guten Gründen. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum die Beratungen so übers Knie gebrochen werden müssen, nachdem man bisher so lange getöddelt hat, daß nach Pfingsten nicht mehr getagt werden soll. Die fortschrittliche Volkspartei hat keinerlei Interesse daran, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen; ebensowenig aber kann sie ihre Zustimmung dazu geben, daß nun mit einmal, lediglich um des Ansehens willen, die Beratungen durch Einsetzung von erschlappenden Abendstimmungen übermäßig forciert werden.

Der fortschrittliche Abgeordnete sprach hierbei von der so außerordentlich in Anspruch genommenen Arbeits- und Nervenkraft der Abgeordneten; besonders sympathisch aber berührte es, daß er für seine Argumentation auch auf die Lage der Hausbeamten, der Stenographen und der Journalisten hinwies, die unter der unwillkürlichen Ausdehnung der Sitzungen und unter der andauernden Ansetzung von Abendstimmungen sehr schwer zu leiden haben würden.

Da man die Absicht hat, die zahlreichen wichtigen Kommissionen nach Pfingsten noch einige Zeit sitzen

zu lassen, so würde sich ein Zusammenbleiben des Plenums auch sachlich rechtfertigen; denn es ist eine starke Zumutung für die Kommissionsmitglieder, in Berlin zu bleiben, während die anderen Herren frohlich in die Sommerferien gehen. Bleibt das Plenum ebenfalls noch hier, so haben die Kommissionen mehr Lust und Halt für ihre Arbeit, und es bleibt ihnen auch die Möglichkeit, bei wichtigen Anlässen sich mit ihren Fraktionen in Verbindung zu setzen. Jedenfalls aber sollte der Verlauf der jetzigen Session als warnendes Beispiel dienen und die Regierung, die auch diesmal wieder viel zu spät einberufen hatte, veranlassen, schon im frühen Herbst die Neuberufung des Landtages stattfinden zu lassen. Man spricht davon, daß für den Wiederbeginn der Verhandlungen der 6. Oktober in Betracht kommt.

Ueber die Frage der Wahlrechtsreform

schreibt das führende Zentrumblatt, die „S. d. N. Volkszeitung“ in einem Artikel, der dem „neuen Minister des Innern“ gewidmet ist:

Man hat im Zentrum stets die Notwendigkeit dieser Reform (der Wahlrechtsreform, D. Red.) betont und auch stets die Ansicht vertreten, daß eine gedeihliche Reform nur dann möglich ist, wenn die großen Parteien, Konervative, Freikonservative, Zentrum und Nationalliberale sich in dieser Frage auf einen billigen Ausgleich einigen. Das Zentrum legt dabei den Hauptnachdruck auf eine genügende Berücksichtigung und Schonung der Handwerker, der Gewerbetreibenden und der Bauern, die alle zusammen unter dem Begriff des Mittelstandes in Stadt und Land fallen. Vielleicht ist das Zentrum mit dieser Forderung gar nicht allzu weit entfernt von dem Programm des neuen Ministers des Innern und des Reichsjustizministers in der Wahlrechtsfrage. Wir sind übrigens mit Herrn v. Zedlitz ganz der Ansicht, daß die Wahlrechtsfrage heute noch gar nicht aktuell ist.

Hieraus geht hervor, daß die Zentrumspartei auch in Zukunft ihrer Taktik treu bleiben wird, grundsätzlich und programmatisch die populäre Forderung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auch für Preußen aufzustellen, in der Praxis aber, wenn überhaupt, dann nur solchen Änderungen zuzustimmen, die im wesentlichen alles beim Alten lassen. Man muß übrigens dem Zentrum das Zeugnis ausstellen, daß es mit seiner Ablehnung gegen die Verwirklichung seines eigenen Programms in der Tat auch schon früher nicht hinter dem Berge gehalten hat. In dem letzten Landtagswahlaufsatz des Zentrums vom Jahre 1913 war klar und deutlich zu lesen, daß diese Partei in der Änderung des preussischen Wahlrechts in absehbarer Zeit nicht weiter gehen würde als bei dem konservativ-herkennlichen Kompromiß von 1910, nämlich bis zur Einführung der geheimen Wahlmännerwahl unter Beibehaltung der öffentlichen Abordnungswahl. Daß dies überhaupt keine Reform ist, sondern eher das Gegenteil davon, weiß man im Zentrum natürlich gleichfalls, und deshalb hat man auch, wie wir aus der „S. d. N. Volkszeitung“ jetzt sehen, gar keine Eile damit, dieses angedeutete Reformprogramm in die Tat umzusetzen.

Was nun die Nationalliberalen anlangt, so möchten wir auf eine Bemerkung der rechtsliberalen „Düsseldorfer Zeitung“ hinweisen, die wie folgt lautet:

Wer aber ehrlich sein will, muß zugeben, daß zurzeit für kein einziges Wahlreformprogramm im Abgeordnetenhaus — von der Freien Kammer ganz zu schweigen — eine Mehrheit vorhanden ist. Denn zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen steht immer noch die Drittelungsfrage; für die einfache Einföhrung der geheimen und direkten Wahl ist gegenwärtig ein nicht unerheblicher Teil der preussischen Nationalliberalen (d. h. der Abgeordneten — von den Wählern ist es

Mittwoch amtlich berichtet: Seine Majestät hatte eine gute, erquickende Nacht, wodurch alle Krankheitserscheinungen sich heute gänzlich beseitigt zeigen. — Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest: Bei dem Empfange der österreichischen Delegation erklärte der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand gegenüber dem Präsidenten der Delegation, daß das Befinden des Kaisers durchaus befriedigend sei. Der Katastroph hat bereits vollständig in Lösung begriffen, und man könne mit voller Befriedigung sagen, daß das Unwohlsein beendet ist.

Frankreich. Durch die Neuwahl wird sich in der Zusammenkunft der Kammer keine wesentliche Änderung zeigen. Das Ergebnis lehrt: Das Land nimmt ohne Befriedigung, aber mit Ergebung in das Notwendige die dreifache Dienstzeit an, es will aber, wenn es auch bereit ist, die erweiterte Dienstzeit zu tragen, doch von einer Auslieferung der wirtschaftlichen Privatverhältnisse an den Justiz wissen. Das republikanische Regiment ist noch unerfährter aus den Wahlen von 1914 hervorgegangen.

England. Keine Immunität der Dumamitglieder. Der russische Ministerrat beschloß, gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Tschelidze, in einer seiner Darlegungen die Werbung gebührend hat, daß eine demokratische Republik sich zur Erneuerung Englands besser eignen würde, ein Strafverfahren wegen Aufreizung zum gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staatsform einzuleiten. Der Beschluß des Ministerrats fand die Bestätigung des Duma-Kongresses. Jetzt hat das erste Reichsdepartement zu entscheiden, ob Tschelidze sich wirklich den entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches vergangen hat. Häufig die Entscheidung des Reichsdepartements gegen Tschelidze aus, so bleibt von der Immunität der Dumaabgeordneten nichts mehr übrig.

Italien. Dem Pariser Finanzblatt „Cote de la Bourse“ zufolge ist die Emission der türkischen Anleihe von einem Mißerfolg begleitet gewesen; der mit der Anleihe betrauten Bankiergruppe sollen ansehnliche Mengen von Aktien verfallen sein, welche keinen Abnehmer gefunden hätten. — Von unternommenen Tätigkeiten seines Ministers hat in Anspruch genommen ist, der frühere Großmeister Hakkı Paşa in Berlin die Verhandlungen über das deutsch-türkische wirtschaftliche Abkommen fortsetzen wird.

Monten. In dem ungebildeten Kabinett soll Hassan Bey die Schlüssel der Schlüssel und die entsprechenden Paragraphen der öffentlichen Arbeiten soll Mustafa Bey, die Finanzen dem katholischen Noga, der Unterricht dem Orthodoxen Noga anvertraut werden. Die albanische Regierung hat zur Verhinderung ihrer Streitkräfte im Süden des Landes aus Triana, Berat, Elbasan und Starova Miliz in Städte von 2500 Mann in die Gegend von Korça entsandt.

Serbien. Wie die „Politik“ meldet, hat die serbische Regierung beschlossen, die Hatzeguberge, die Serbien während des serbisch-türkischen Krieges in den albanischen Mäulen erhoben hat, auf Verlangen Österreich-Ungarns zurückzurufen.

China. Die „Times“ meldet aus Peking: Der „Weiße Wolf“ ist mit einer kleinen Bande aus Schen nach der Provinz Kanju gegangen. Die Tätigkeit der Regierungstruppen war infolge erfolglos, als sie den „Weißen Wolf“ gezwungen haben, sich in ein des Gebiet zurückzuziehen und seine Anhänger in seine Banden aufzulösen.

Nordamerika. Am den Streikschlägen in Colorado ein Ende zu machen, gab nach einer zweitägigen Kabinettsitzung Präsident Wilson Anordnung zur Entsendung von Bundesstruppen, die im Kohlenrevier die Ruhe wiederherstellen sollten.

Schweiz. Nach dem Telegramm des Ministers des Innern von Bern über an das Generalkonsulat in Sankt Petersburg die Revolution im Norden vorüber. Die beiden Führer, Nord und Pasquet, sind gefangen. In der Provinz Geraudal sind die Revolutionäre in das Gebirge zurückgedrängt worden.

Deutschland.

Berlin, 30. April. Beim Kronprinzenpaar fand gestern Abend im hiesigen Kronprinzenpalast ein Diner statt, zu dem zahlreiche Einladungen ergangen waren.

Der preussische Justizminister Dr. Bielefeld ist vom Urlaub zurückgekehrt.

Der bisherige Minister des Innern v. Dollfus hat sich am Mittwoch vormittag von den Vortragenden Räten und Beamten des Ministeriums des Innern verabschiedet. Am 1. Mai wird er in Straßburg eintreffen und von den Spitzen der Behörden am Bahnhof empfangen werden.

Zum Mitglied der Generaloberenkommission ist der Vortragende Rat im Ministerium des Innern v. Döberneck ernannt worden.

Der frühere Staatsminister von Elsaß-Lothringen, Frhr. v. Bülach, der auch Chef der landwirtschaftlichen Abteilung des Ministeriums des Innern verabschiedet wurde, durch ein Abschiedsmaß gefeiert werden. Dabei wurden die Verdienste des Scheidenden gewürdigt und ihm, der „Kreuzzeitung“ zufolge, eine Dankadresse und ein Standbild, das einen Flegler darstellt, überreicht. Soll das eine sinnige Anspielung bedeuten?

Als Nachfolger für den Oberhofmeister Freiherrn v. Wirsach, der sich betanfällig mit Müdigkeit auf sein hohes Alter zum Austritt entschlossen hat, ist, wie die „Neue Gesellschaft“, Fort: erfährt, der General a. D. Eugen v. von Darnbana zum Hofmeister der Kaiserin ernannt worden. Aussicht genommen. General v. Falkenberg ist ein älterer Bruder des preussischen Kriegsministers und wurde am 4. September 1855 auf der Burg Velchau im Kreis Thorn geboren. Er ist demnach 60 Jahre alt. 1889 wurde er Militärgouverneur des Kronprinzen und des Prinzen Gisel Friedrich von Preußen, 1894 lehnte er in dem Generalmajor ab. 1910 wurde v. Darnbana als General der Kavallerie zum Bischoffswald ernannt. Er hat den Leib, er, mit der Frein Luise von Dornberg verheiratet und Vater von einem Sohn und zwei Töchtern, in Berlin.

Der 70. Geburtstag des Großadmirals von Köster. Großadmiral von Köster sind zu seinem 70. Geburtstag, den er am Mittwoch feierte, von allen Seiten zahlreiche Glückwünsche zugegangen. Der 70. Geburtstag wird er in einer Kabinetsbesprechung, in der er ihm seine persönlichen Glückwünsche ausdrückt, seiner hohen Verdienste im

der Marine sowie der opferwilligen und geschickten Leitung des Flottenwesens würdigen. Die Glückwünsche sind in der Formulare des Kaisersden von Sophienrath verleiht. Auch der Deutsche Kronprinz hat dem Großadmiral telegraphisch seine warmen Glückwünsche ausgesprochen. König Ludwig von Bayern hat dem Großadmiral die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen. — Großadmiral von Köster richtete an von Köster folgende Telegramme: „Gew. Erzellenz sende ich zum 70. Geburtstag meine und der Marine anvertrauten Glückwünsche. Das an tatkraftiger Arbeit und Erfolgen reiche Leben, worauf Gew. Erzellenz heute in ungebrochener Frische des Geistes und Körpers zurückzuführen, ist mit der Entsetzung und Erhaltung der deutschen Marine unauflöslich verbunden. Gew. Erzellenz vorbildliches Verhalten als Seemann und Flottenführer wird ebenso unergänzlich bleiben, wie das unermüdete Eintreten für die deutsche Wehrfähigkeit zur See. Möge Gew. Erzellenz vergnügt sein, noch viele Jahre in aller Mäßigkeit die Frucht alles dessen herausziehen zu sehen, was Ihre Pflicht gepflanzt hat und heute noch fördert.“

Der schweizerische Generalkonsul Oberst Müller, der fernereist von dem Kaiser die schweizerischen Mandate leitete, ist, der „Schleisschen Zeitung“ zufolge, vom Kaiser Wilhelm zur Teilnahme an den Kaisermandaten eingeladen worden.

Das preussische Staatsministerium ist am Mittwoch zu einer Sitzung zusammengetreten.

Die Ministerkaffe in Koburg-Gotha. Der guthausliche Landtag ist auch der Koburger Landtag gefolgt. Sämtliche Mitglieder des Hauses haben gleichfalls eine Eingabe an den Herzog gerichtet, in der sie gebeten wird, eine Einsetzung zu treffen, die es dem Staatsminister v. Richter in Ehren ermöglicht, im Amte zu bleiben. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß der Minister mit besonderem Geschick bemüht war, die Beziehungen zwischen den beiden Schwesterländern freundschaftlich zu gestalten. Ruhe und Frieden seien mit ihm in die Gemeinschaft der Herzogtümer Koburg und Gotha eingetretet, und es habe dann eine kräftige Vormärtsbewegung im Geiste aller Landesinteressen eingeleitet. Der Staatsminister erweise sich in Koburg-Land voller Sympathie und des unerschütterlichen Vertrauens der Bevölkerung. — Der Landtag hat dem Staatsminister v. Richter zum Verbleiben im Amte erwidert.

Die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg ist außerordentlich energisch. Dies bezeugt sie jetzt in einer Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“. Sie handelt von der Reichsbesetzungsordnung, und die Regierung läßt mitteilen, daß der Staatssekretär des Reichsschatzamtens den Führern der Parteien gegenüber keinen Zweifel lassen habe, daß ein Zustandekommen der Vorlage nur möglich sei, wenn die Regierungsvorlage angenommen werde. Die Energie der Regierung erspricht sich in Handlungen, die eine Brückierung der Wünsche fleißiger Beamter und des gesamten Reichstages darstellen. Wir möchten die Regierungsgenerie lieber sich bei anderen Gelegenheiten betätigen sehen!

Herr v. Loebell und das Zentrum. Dr. Julius Bachem tritt im „Tag“ der Auflösung entgegen, daß man im Zentrum wegen der Ernennung des Herrn v. Loebell zum Minister des Innern unruhig und misgünstig sei. „Wenn an einigen Stellen“, so führt er aus, „eine solche Stimmung herrschen sollte, so erscheint sie mir unbegründet, weil Herr v. Loebell das, was man ihm zutraut, gar nicht tun kann. Die Verhältnisse würden auch stärker bei uns gehen, v. Loebell, so stark und geschickt er sein mag. Er hat ja gesehen, wie das Experiment mit dem Bülowe loch abgelaufen ist und Herr v. Bethmann Hollweg hat es auch gesehen und danach verständigerweise seine Politik orientiert.“

Volkswirtschaftliches.

Gegeu die des Guts- und Schantwirtschaftsgewerbe betreffende Novelle zur Gewerbeordnung hat die Vereinigung der Gastwirte, Vereine, Innungen und Verbände (etwa 40 000 Mitglieder) dem Reichstage eine Petition überreicht, die einen Gegenentwurf und Gegennotiz enthält. In letzterem wird besondere Stellung genommen gegen den Satz der Gewerbeordnung, daß der Gastwirt, der die Wirtschaft nicht immer die genügenden Handabgaben, um „unzureichende Personen“ von dem Gewerbe fernzuhalten, daß namentlich in den großen Städten oft solche Personen sich in dem Gewerbe verlusten, die wegen unzureichender Charaktereigenschaften oder Arbeitslust in anderen Unternehmungen Schiffsbau gelitten hätten und die Spinnung heigten, als Wirt am leichteren Art der einem gewissen Wohlstand ohne ernsthafte Arbeit ein Ansehen zu finden.“ Hierzu wird bemerkt: „Man wird sich nicht mit Unrecht die Frage vorlegen, mit welchem Recht die Regierung sich diese wunderlichen, aus dem Vorkellungsstreife der Feinde des Gastwirts gewerbes entnommenen Gedanken zu eigen machen kann. Im Wirklichkeit liegt die Sache so, daß es wohl kaum ein Gewerbe gibt, das in Bezug auf die Ansprüche an Arbeit, Aufmerksamkeitsfähigkeit und Abhängigkeit vom Publikum sowohl wie von der Polizei so schlecht gestellt ist, wie das Gastwirts-gewerbe. Es ist nichts weniger als das Eldorado für träge, vergnügungssüchtige, arbeitslose Personen. Wer einigermaßen ernsthaft sein Gewerbe betreibt, muß im Gegenteil einschließlich seiner Familienangehörigen den ganzen Tag, vom frühen Morgen bis zum späten Abend seine gesamten körperlichen und geistigen Kräfte in den Dienst des Geschäftes stellen. Es gibt für ihn keine geregelte Nachtruhe, keine geregelte Tätigkeit, keine geregelten Lebensbedingungen, sondern eine dauernde Arbeit und Arbeitsbereitschaft; kurz es ist ein Geschäft, das an die Arbeits- und Widerstandskraft seines Ausübers die allerhöchsten Anforderungen stellt.“

Die Angelegenheit der Gastwirte, Vereine, Innungen und Verbände (etwa 40 000 Mitglieder) dem Reichstage eine Petition überreicht, die einen Gegenentwurf und Gegennotiz enthält. In letzterem wird besondere Stellung genommen gegen den Satz der Gewerbeordnung, daß der Gastwirt, der die Wirtschaft nicht immer die genügenden Handabgaben, um „unzureichende Personen“ von dem Gewerbe fernzuhalten, daß namentlich in den großen Städten oft solche Personen sich in dem Gewerbe verlusten, die wegen unzureichender Charaktereigenschaften oder Arbeitslust in anderen Unternehmungen Schiffsbau gelitten hätten und die Spinnung heigten, als Wirt am leichteren Art der einem gewissen Wohlstand ohne ernsthafte Arbeit ein Ansehen zu finden.“ Hierzu wird bemerkt: „Man wird sich nicht mit Unrecht die Frage vorlegen, mit welchem Recht die Regierung sich diese wunderlichen, aus dem Vorkellungsstreife der Feinde des Gastwirts gewerbes entnommenen Gedanken zu eigen machen kann. Im Wirklichkeit liegt die Sache so, daß es wohl kaum ein Gewerbe gibt, das in Bezug auf die Ansprüche an Arbeit, Aufmerksamkeitsfähigkeit und Abhängigkeit vom Publikum sowohl wie von der Polizei so schlecht gestellt ist, wie das Gastwirts-gewerbe. Es ist nichts weniger als das Eldorado für träge, vergnügungssüchtige, arbeitslose Personen. Wer einigermaßen ernsthaft sein Gewerbe betreibt, muß im Gegenteil einschließlich seiner Familienangehörigen den ganzen Tag, vom frühen Morgen bis zum späten Abend seine gesamten körperlichen und geistigen Kräfte in den Dienst des Geschäftes stellen. Es gibt für ihn keine geregelte Nachtruhe, keine geregelte Tätigkeit, keine geregelten Lebensbedingungen, sondern eine dauernde Arbeit und Arbeitsbereitschaft; kurz es ist ein Geschäft, das an die Arbeits- und Widerstandskraft seines Ausübers die allerhöchsten Anforderungen stellt.“

Die Angelegenheit der Gastwirte, Vereine, Innungen und Verbände (etwa 40 000 Mitglieder) dem Reichstage eine Petition überreicht, die einen Gegenentwurf und Gegennotiz enthält. In letzterem wird besondere Stellung genommen gegen den Satz der Gewerbeordnung, daß der Gastwirt, der die Wirtschaft nicht immer die genügenden Handabgaben, um „unzureichende Personen“ von dem Gewerbe fernzuhalten, daß namentlich in den großen Städten oft solche Personen sich in dem Gewerbe verlusten, die wegen unzureichender Charaktereigenschaften oder Arbeitslust in anderen Unternehmungen Schiffsbau gelitten hätten und die Spinnung heigten, als Wirt am leichteren Art der einem gewissen Wohlstand ohne ernsthafte Arbeit ein Ansehen zu finden.“ Hierzu wird bemerkt: „Man wird sich nicht mit Unrecht die Frage vorlegen, mit welchem Recht die Regierung sich diese wunderlichen, aus dem Vorkellungsstreife der Feinde des Gastwirts gewerbes entnommenen Gedanken zu eigen machen kann. Im Wirklichkeit liegt die Sache so, daß es wohl kaum ein Gewerbe gibt, das in Bezug auf die Ansprüche an Arbeit, Aufmerksamkeitsfähigkeit und Abhängigkeit vom Publikum sowohl wie von der Polizei so schlecht gestellt ist, wie das Gastwirts-gewerbe. Es ist nichts weniger als das Eldorado für träge, vergnügungssüchtige, arbeitslose Personen. Wer einigermaßen ernsthaft sein Gewerbe betreibt, muß im Gegenteil einschließlich seiner Familienangehörigen den ganzen Tag, vom frühen Morgen bis zum späten Abend seine gesamten körperlichen und geistigen Kräfte in den Dienst des Geschäftes stellen. Es gibt für ihn keine geregelte Nachtruhe, keine geregelte Tätigkeit, keine geregelten Lebensbedingungen, sondern eine dauernde Arbeit und Arbeitsbereitschaft; kurz es ist ein Geschäft, das an die Arbeits- und Widerstandskraft seines Ausübers die allerhöchsten Anforderungen stellt.“

Die Angelegenheit der Gastwirte, Vereine, Innungen und Verbände (etwa 40 000 Mitglieder) dem Reichstage eine Petition überreicht, die einen Gegenentwurf und Gegennotiz enthält. In letzterem wird besondere Stellung genommen gegen den Satz der Gewerbeordnung, daß der Gastwirt, der die Wirtschaft nicht immer die genügenden Handabgaben, um „unzureichende Personen“ von dem Gewerbe fernzuhalten, daß namentlich in den großen Städten oft solche Personen sich in dem Gewerbe verlusten, die wegen unzureichender Charaktereigenschaften oder Arbeitslust in anderen Unternehmungen Schiffsbau gelitten hätten und die Spinnung heigten, als Wirt am leichteren Art der einem gewissen Wohlstand ohne ernsthafte Arbeit ein Ansehen zu finden.“ Hierzu wird bemerkt: „Man wird sich nicht mit Unrecht die Frage vorlegen, mit welchem Recht die Regierung sich diese wunderlichen, aus dem Vorkellungsstreife der Feinde des Gastwirts gewerbes entnommenen Gedanken zu eigen machen kann. Im Wirklichkeit liegt die Sache so, daß es wohl kaum ein Gewerbe gibt, das in Bezug auf die Ansprüche an Arbeit, Aufmerksamkeitsfähigkeit und Abhängigkeit vom Publikum sowohl wie von der Polizei so schlecht gestellt ist, wie das Gastwirts-gewerbe. Es ist nichts weniger als das Eldorado für träge, vergnügungssüchtige, arbeitslose Personen. Wer einigermaßen ernsthaft sein Gewerbe betreibt, muß im Gegenteil einschließlich seiner Familienangehörigen den ganzen Tag, vom frühen Morgen bis zum späten Abend seine gesamten körperlichen und geistigen Kräfte in den Dienst des Geschäftes stellen. Es gibt für ihn keine geregelte Nachtruhe, keine geregelte Tätigkeit, keine geregelten Lebensbedingungen, sondern eine dauernde Arbeit und Arbeitsbereitschaft; kurz es ist ein Geschäft, das an die Arbeits- und Widerstandskraft seines Ausübers die allerhöchsten Anforderungen stellt.“

lebende amtliche Aftenmaterial zu verwenden. Es ist daher zu wünschen, daß in dieser Beziehung noch eine Versärfung versucht wird, um so unmerklicher, als doch auch die Polizeibehörde nicht in der Lage ist, den Bewerbern in das Herz hineinzufallen. Und nun soll durch diese Vorlage der Polizeibehörde eine so bedeutende Macht in die Hände gegeben werden, daß ohne gerichtliche Nachprüfung eine endgültige Vorauscheidung derjenigen Personen stattfinden soll, die zur Ausübung des Gewerbes zugelassen werden sollen. Das ist eine Bestimmung, die materiell wertlos, in Wirklichkeit keinen anderen Zweck haben kann, als die Möglichkeit einer schrankenlosen Erweiterung der Polizeigewalt gegen alle politischen, nationalen oder sonstigen Gründen ihr mißliebige Personen.“

Die von dem Holzarbeiterverband beschlossene Maßregel betrachten die Arbeitgeber als Bruch des abgeschlossenen Arbeitsvertrages, und bereifen deshalb ein Einigungsamt ein. Das Gewerbegericht Berlin sind die Vertreter beider Parteien zu einer Sitzung des Einigungsamts am Mittwoch vormittag. Erhienen waren nur der Vorsitzende, Magistratrat v. Schult, und die Vertreter der Arbeitgeber. Die Vertreter der Arbeitnehmer waren nicht erschienen, sondern hatten mitgeteilt, daß sie keine Vertreter zur Verfügung hätten. Magistratrat v. Schult ließ darauf, da eine Verhandlung ohne Vertreter der Arbeitnehmer unmöglich war, folgende Resolution der Arbeitgeber zu Protokoll nehmen: „Die Arbeitgeber erklären in dem Beschluß des Holzarbeiterverbandes, am 1. Mai zu feiern, einen Vertragsbruch. Die aus dem Verhalten der Arbeitnehmer zu folgenden Konsequenzen behalten sich die Arbeitgeber vor. Bereits im Mai 1912 hat das Einigungsamt unter Mitwirkung der Arbeitgeber eine Entscheidung gefällt, wonach die Arbeitnehmer nicht berechtigt sind, während der Dauer des Vertrages am 1. Mai zu feiern.“

Neueste Nachrichten.

Befinden des Kaisers Franz Joseph.

Wien, 30. April. Über das Befinden des Kaisers wird offiziell mitgeteilt, daß die Nacht wieder gut war und daß der Abgang der katastrophischen Erscheinungen erwartungsgemäß anhielt. Das Allgemeinbefinden ist dementsprechend gut.

Vernehmung.

Berlin, 30. April. Das Militärwochenblatt meldet: Herzog Albrecht Eugen von Württemberg, Leutnant im Grenadier-Regiment Königin Olga, Nr. 119, verfehlt und zum Dienst in dem genannten Regiment eingetreten.

Die Flottendemonstration an der irischen Küste.

London, 30. April. Wie erwartet, sind bisher keine Truppen nach Ulster geschickt worden. Dagegen sind heute, wie bereits gemeldet, zehn Torpedobootzerstörer und der Kreuzer „Swift“ in der Nacht von Belfast eingetroffen und ankeren vor Bangor. Anschließt soll der Zweck dieser Truppenbewegung die Abschreckung der Küsten von Ulster nach weiteren mit Waffenhandlungen beladenen Dampfern sein, doch handelt es sich wohl eher um eine Flottendemonstration zur Einwirkung auf die Ulster-Rebellion. Der hiesige Zweck erreicht werden wird, ist allerdings recht zweifelhaft, als das Geschwader in die Bucht dampfte, legte sich die Signalfahrt der Freiwilligen zur Begrüßung des Union-Jacks in Bewegung, und der Kapitän in Ulster, in dessen Rücken sich das Hauptquartier der Ulsterer befindet, signalisierte „Willkommen“. Das Geschwader antwortete „Besten Dank“.

London, 30. April. Aus Bangor wird gemeldet, daß dort weitere vier Torpedobootzerstörer eintrafen. Die Küstenwachen wurden durch Mannschaften von den Kriegsschiffen verstärkt.

Neue Kämpfe im Streitgebiet von Colorado.

Newark, 30. April. Nach einem Telegramm aus Fortes in Colorado hat dort gestern zwischen Aufständigen und Arbeitswilligen ein Kampf stattgefunden, in dem dreizehn Personen getötet wurden, die Bergwerksgebäude wurden in Mitlege gelegt. Präsident Wilson hat die Präsidenten der Arbeiterverbände der Kentucky und West-Virginien angefordert, sofort zu einer Beratung über den Ausbruch in den Gruben von Colorado nach Washington zu kommen.

Die Grubenkatastrophe in Beckley.

London, 30. April. Über den Brand auf dem Schacht der New Mines-Gruube in Beckley (West-Virginien) wird telegraphiert: 67 Bergleute konnten, zwar lebend, aber nur mit gräßlichen Brandwunden herausgeholt werden. Die Ursache des Unglücks waren zwei Gasexplosionen. Die erste fand im Schacht selbst statt. Ihre Folge unmittelbar eine zweite, die den Schacht in Brand legte. Die im Schachte arbeitenden 100 Mann und die 67 Bergleute wurden aus dem ebenfalls in Brand geratenen benachbarten Schacht herausgeholt. Alle Versuche, noch weitere Arbeiter zu retten, waren bisher erfolglos.

Angluskastal.

Weizenfels, 30. April. In der hiesigen neuen Papierfabrik von Oskar Dietrich wurden gestern fünf Personen durch Flugsäge schwer verletzt. Darunter befinden sich auch zwei Söhne des Besitzers, die nach Halle transportiert wurden, während die anderen drei in das hiesige Krankenhaus gebracht wurden.

Unter Veldnerdacht.

Samburg, 30. April. Die Mannschaft des englischen Dampfers „Kootah“ ist in Joliterbaraden untergebracht worden, weil an Bord verdächtige Ratten festgestellt sein sollen.

Aus Eisenstadt.

Berlin, 30. April. Nach einer fälschlichen Anzeigenänderung feuerte gestern Abend die Geliebte des Schachmeisters Zernide, Marie Dbit, auf dessen Ehefrau zwei Revolverkugeln ab, die den sofortigen Tod der Frau zur Folge hatten. Die Täterin wurde dem Polizeipräsidium zugeführt. Das Motiv der Tat scheint Eifersucht zu sein.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Ich wohne jetzt Kloster 7

Sprechstunden: Wochentags 8 bis 9

Dr. med. Kunith Haut-Bleich

Chloro - Chloro - Bleich - Mittel u. Säfte
in kurzer Zeit sehr wirksam
gegen unvollständiges Mittel gegen unvollständige
Sonnbräune, Sommerprossen, Schweiß, alte
flechte, Hautunreinigkeiten. **Chloro** -
Tabe 1 & 2; dazu gehörige Chloro - Creme 20 J
von Schottländer, Dr. v. Dresden, erhältlich
in Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

Rich. Kupper, Droga, Markt 17.

Schießpreise
Regelpreise
Verlos. - Gegenstände
für
Vereine und Klubs
zu äußersten Preisen
empf. bit
A. Hammer,
Markt 11.

Fahrrad- Zubehör

Mäntel, Luftschläuche, Glocken,
Laternen, Pedale, Satteldecken,
Aufpumpen

in großer Auswahl zu
billigsten Preisen

Herrn Haar sen., Markt 3
**Schirm - Reparaturen
und Bezüge**

gut und billig
H. Grothe vom A. Prull,
Burgstr. 7. Burgstr. 7.
Ergänzt Liefer Keller (Laden)

Reibemaschinen
werden repariert. Ersatz - Reibe-
trommeln vorrätig
Carl Baum, Stahlwarenhandlung

Zinkarbeiten
neue Dachrinnen
sowie Reparaturen

werden schnell und billig
ausgeführt!

Karl Höser, Markt 8.
- vis-a-vis vom Vorstuch -

**Alle Schlosserarbeiten
und Reparaturen**

(auch an Broschen, Portemonnaies,
Damentaschen u. dergl.) werden
gut ausgeführt **Geffnerstr. 4.**

Bereine!

Regelpreise
Schießpreise
Jazkräftige Sachen!

Billigste Preise!

Hans Käther

Markt 20. : Markt 20.

Bei Mehrabnahme
Eingroßpreisel

Freitag früh in tiefer Eispackung:
Eckbau o. R. Pfd 21 Pf., Goldbarth o. R. Pfd. 29 Pf.,
Schellisch o. R. Pfd. 42 Pf.

Otto Aderhold, Entenplan 3.

Automobil - Linie Merseburg - Leipzig!

Vom 1. Mai ab:

Ablahrt Bahnhof Merseburg	7 ¹⁰	9 ⁰⁰	12 ⁵⁰	4 ⁰⁰	8 ¹⁰	10 ³⁰	11 ³⁰
Ankunft Bahnhof Merseburg	7 ⁴⁵	10 ³⁰	3 ⁰⁰	6 ¹⁰	9 ²⁰	11 ³⁰	11 ³⁰

Gr. Porzellan - Verkauf im „Alten Schützenhause“.

Der Verkauf wird bis Sonnabend mittags fort-
gesetzt. Eine Entgegnung auf den gestrigen Angriff
halte ich für unnötig; es zieht wohl jeder Leser den
richtigen Schluß hieraus!

Achtungsvoll

Julius Groner aus Eydtzshen.

Ausserordentl. preiswerte Angebote

Wasch - Kleidung

Knaben - Waschanzüge
in Blusen - Kieler, Prinz Heinrich u. amerik.
Form, einfarbig u. gestreift.
14,50 bis 7,50 5,50 4,50 2,50 **1.35**

Knaben - Waschblusen
in verschiedenen Streifen, hell und dunkel
4,75 bis 2,75 1,75 1,25 1,00 **0.68**

Kieler - Waschblusen
in gestreiftem Satin und Drill
7,50 bis 4,75 3,50 **2.80**

Wasch - Hosen
aus dunkelblauer, guten Stoffen.
3,75 2,75 1,80 1,20 **0.90**

Kittel - Anzüge
reizende Formen in hellen u. dunkl. Farben
7,75 4,50 3,50 **3.25**

Knaben - Waschestoffe
erprobte, gute Qualitäten in echten
Farben **58 Pf. an.**

Otto Dobkowitz,
Merseburg. Entenplan.



30 Stück
allerhöchster, junger hoch-
tragender

Rübe u. Särfen

neumilchender
Rübe mit den Äulbern,

sowie Jungläbe und frungfähige Bullen sind bei mir
eingetroffen und empfehle dieselben sehr preiswert.

Tel. 28. **L. Nürnberger, Merseburg.** Tel. 28.

**Gardinen - Spannen,
Balden und Glanzplatten**
übernimmt
G. Weber, Obere Breite Str. 28,
Glaserstr. Cinnana.

Die Mitglieder der Altenburger
Frauenhilfe beendigt ich von
der freundlichen Einladung des
Magistrats zur Teilnahme an
der Eröffnung der Ausstellung
für Volksgesundheit und Jugend-
pflege am 2. Mai abends 6 Uhr
in der Turnhalle, Wilhelmstr.

**Turnerische
Vereinigung**
D. T.

Zur Eröffnung der Wohlfahrts-
Wander - Ausstellung für Volks-
gesundheit und Jugendpflege am
2. Mai d. S. abends 6 Uhr in
der neuen räumlichen Turnhalle in
der Wilhelmstraße sind die Mit-
glieder vom Magistrat ergebenst
eingeladen. Der Turnrat.

Prenbischer Beamten - Verein.
Sonnabend den 2. Mai 1. S.,
abends 8 Uhr im „Eiboli“

Bunter Abend
(musikalische und vortragsmäßige
Vorträge, Theater und Längchen).
Der Vorstand.



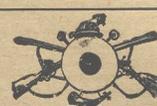
Am Sonntag den 3. Mai d. S.
nachmittags 3 Uhr findet im
„Neuen Schützenhause“ die von
den hiesigen Militärvereinen
veranstaltete

**50 jährige Gedenkfeier des
Feldzuges gegen Dänemark
1864**
statt. Die Kamerader werden
um recht zahlreiches Erscheinen
erlaubt. Das Direktorium.

**Evangel.
Arbeiter - Verein.**
Sonntag den 3. Mai

Ausflug nach Löpitz.
Dabei selbst Längchen, Preissteigen
und Preisstücken.

Abmarsch ¼ 3 Uhr nachmittags
von der Waterloostraße. Der
Arbeiterinnenverein und Gäste
willkommen. Der Vorstand.



Schiesskl. Tell Göhlitzsch

Sonntag den 3. Mai 1914 von
nachmittags 2 Uhr an
großes Preis - Schießen.
Von 4 Uhr an

Ball.
Musik: Stadtkapelle Mücheln.
Der Vorstand.

Achtung!
Alles nach Pretzsch!
Sonntag den 3. Mai
laden alle Freunde und
Bekanntes von nah und
fern zur
Ball - Musik
freundlichst ein
Bandonion - Orchester
zu 25 Stück.
D. Pänder.

Subolds Restauration
Schlachtef. Heute

Dieters Restauration
Schlachtef. Jeden Mittwoch und Freitag

Schlachtef. Freitag
Richard Lepper, Neumarkt 45.

Schlachtef. Heute Freitag
Willy Kleindeck, Weiß - Mauert.

Schlachtef. Freitag
Allert, Amtshaus 17.

Schlachtef. Freitag
fr. hausschlacht. Wurst.
Fr. Hoffmann, Unter - Altenburg 30.

Abendorf.
Sonntag den 3. Mai d. S.
ladet zum
Jugendball
freundlichst ein Th. Burghart.

Martinis Waldhaus
Mücheln - Telel. 34
ist der herrlichste Aus-
flugsort des Geiseltals.

**Musikschüler
finden Aufnahme.**
Anmeldung 12 - 2 Uhr.
Frau Prof. Dr. Kelbe - Postler,
Hallesche Str. 30, 1.

Anständiges sauberes Mädchen
sucht Anstellung für nachmittags.
Abt. 12, vt. 1.

Gesucht werden mehrere tüchtige
**Loomotivführer
u. Waggonmeister**
- gelernte Schlosser u. Schmieße -
für große Bäumunternehmung bei
hohem Lohn. Meldungsgeheude
mit Zeugnisabschriften im
Gesellschaftsamt unter A J 454
an Rudolf Wolfe, Magdeburg.

Ein Geschirrführer
wird gesucht bei
A. Weniger, Obere Breite Str. 5.

Für meine Paderel suche ich
einen älteren und einen jüngeren

Arbeiter,
möglichst aus dem Papierfach.
Arthur Kornacker.

Junges Mädchen
(nicht unter 15 Jahren) aus guter,
erbbarer Familie findet mit be-
sonderer Lust für Geschäft bei
freier Station per 1. Juni evtl.
auch früher angenehme Stellung.
Offerten unter M M 15 an die
Expedit. d. Bl.

Wegen Erkrankung meines
Mädchens suche ich eine laubere
Aufwartung, 17 Jahren.
M. Behender, Karlstraße 19.

Jüngere laubere
Aufwartung
sofort gesucht. Boonstr. 5, 2 Tr.

Anständiges, junges Mädchen zur
Aufwartung
sof. gesucht. Zuerst. Lindenstr. 8, II.

Gesucht wird eine laubere
Aufwartung
für einige Stunden. Anmeldung
am 1. Mai.

Frau Prof. Dr. Kelbe - Postler,
Hallesche Str. 30, 1.
Sierzu eine Beilage.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 29. April.) Der Reichstag hat heute dem Senatorenkongress einen Beratungsplan aufgestellt, danach sollen nur noch die wichtigsten Gesetze in dieser Session erledigt werden...

hatten und drohte mit Abendsitzungen. Nun tagt aber das Abgeordnetenhaus seit Monaten mit großem Fleiße, es hat sich überhaupt keine Pause mit Ausnahme der Osterferien gegönnt, man sah in der letzten Woche täglich sieben oder acht Stunden lang, und die Wahlung des Präsidenten zur Kürze und zur Eile lang gerade zum Kultusetat etwas merkwürdig, wenn man bedenkt, wie lange Zeit sich z. B. das Haus beim Landwirtschafsetat gebläht hat...

den Kirchenbüchern, und er rief sogar den Kultusminister Herr Traub zu sich, um einer Vertiefung der Kirchenbücherei auf die Tribüne, der lebhaftesten Beifall auf der rechten Seite des Hauses fand mit seinem Worte, es seien keine ideellen Gründe, wenn man aus der Kirche austräte, nur um die Kirchensteuer zu eripieren...

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 29. April.) Das Abgeordnetenhaus hat gestern noch die allgemeine Beratung zum Kultusetat abgeschlossen und den Ordensantrag des Zentrums durch die Unterstützung der Konservativen angenommen...

„Liebste Johanna“

Du darfst mir unmöglich sünden darüber, daß ich durch die Nacht schwerer Verhältnisse gezwungen bin, mit dir zu brechen. Ich, die gläubigste, die nicht, wie du mich eine Fremdlingin von dir, Gott, die dir mich muß. Gott sei Dank habe ich mir nichts gegen dich vorzuwerfen, so daß wenigstens die Gemütsruhe mit fern bleiben...

„Er war von mir“

„Er war von mir“ rief der Doktor aus, indem er auf höchste interessiert emporsprang. „Er war von Ihnen!“ „Es war der letzte, den ich an Hilfe schrieb, denn ich wartete vergeblich auf eine Antwort.“ „Das wird Ihnen bald bestätigt sein“ sagte Frau von Waldau leise, indem sie den Blick schuldlos zum Boden senkte...

Ausgestoßen.

Roman von Joh. Freiherrn von Steinach.

47. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) „Ich werde Ihnen also erzählen, was ich Ihnen angeht, und ich bitte Sie nochmals, meine unumtönde Liebe zu meinem Sohn dabei in Betracht zu ziehen.“ „Wärdten Sie mir nicht endlich...“ „Werdten Sie nicht ungeduldig, ich spreche ja schon. Wie Sie wissen, demach ist mein Erich gleich Ihnen um Krutaten Hilfe von der Frau. Ich hatte ihm dieses lange Mädchen als eine große Partie vorgeschlagen, und da er in seinem Beruf bekanntlich auf reichliche Geldmittel angewiesen ist und ich ihm diese nur zum Teil gewähren konnte, da auf meinem Gut eine große Hypothek lastet, so ging er auch bereitwillig auf meine Pläne ein...“

Ein Streit zwischen Ärzten, der einem Patienten das Leben kostete, verlangte nach dem Rhein-Westf. G. in einer Verhandlung vor dem Schwurgericht zu Duisburg zur Sprache. Bei einer Schlagerei war ein Arbeiter Losjahn durch einen Stich in den Unterleib verwundet worden. Der schwer Verletzte hatte sich zu dem Arzte Dr. Sondermann geschleppt, der einen Notverband anlegte und dann mit dem Verletzten zum Walsumer Krankenhaus fuhr. Dort erklärte sich Losjahn mit seiner sofortigen Operation, die Dr. Sondermann als notwendig erachtete, bereit. Der im Krankenhaus amnestische Krankenträger Dr. Schlagermann weigerte sich, dem Dr. Sondermann bei der Operation zu helfen, da dieser kein Kaiserarzt war. Als Dr. Sondermann die Operation darauf allein vornehmen wollte, erklärte Dr. Schlagermann: „Sie machen die Operation nicht.“ Da Dr. Sondermann auch das notwendige Hilfspersonal verweigert wurde, konnte er die Operation nicht vornehmen und mußte dem Patienten seinen Schicksal überlassen. Am 28. November starb Losjahn, ohne daß ein operativer Eingriff bei ihm vorgenommen worden wäre, an einer eitrigen Bauchfellentzündung. In der Schwurgerichtsverhandlung befandete der Sachverständige Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Kettler, daß der Meisterlich nicht allein die Todesursache sei. Die Wunde war vielmehr aller Wahrscheinlichkeit nach am Boden der Wunde entstanden, infolge einer Operation bei ihm vorgenommen hätte. Wegen Dr. Schlagermann ist bereits ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet worden.

Ein Dampfer gescheitert. Der Dampfer „Benjamin Noble“, mit Eisenbahnlinien beladen, ist, wie man glaubt, auf der Höhe von Duluth (Minnesota) gescheitert. Die Zimmer des Schiffes waren auf Land getrieben. Die Rettungsmaßnahmen waren außerordentlich. Die Rettungsboote auszuheben, da der Wind stark war und die See hoch ging. Von der etwa 20 Mann zählenden Besatzung fehlt jede Nachricht.

35 Millionen Wehrbeitrag in Frankfurt a. M. Der Wehrbeitrag in Frankfurt a. M. hat die tatsächliche Höhe von annähernd 35 Millionen Mark ergeben.

Das Verbrechen eines Selbstmörders. In seiner Wohnung in der Bismarckstraße 71 in Potsdam hat sich der 75 Jahre alte Rentier Theodor Wank erhängt. Der

alte Mann war Witwer und hinterläßt einen Sohn von 32 Jahren. Obwohl Wank ein bedeutendes Vermögen hoch lebe, er sehr einfach. Sein Sohn mußte als Wank schmitt seinen Lebensunterhalt erlangen, Wank galt als Sonderling. Er war schon sehr lange schmerzmäßig und klagte oft, daß ihm das Leben eine Last sei. Am Dienstag fand ihn seine Wirtschaftlerin an einem Nagel, den er kurz zuvor selbst in die Zimmertür eingeschlagen hatte, er hängt auf. Sein ganzes Vermögen in Höhe von 300000 Mark hat er mit Umgehung seiner Verwandten der Stadt Charlottenburg vermacht. Der Sohn des Verstorbenen beabsichtigt, das Testament anzufechten.

Vinrichtung eines Mörderspaars. Die wegen Ermordung ihres Gemannes, des Aderers Koch aus Plautzen, zum Tode verurteilte Witwe Koch und der Knecht Siegers sind am Mittwoch morgen in Aachen mittels Fallbeils hingerichtet worden.

Der Todesherz eines Magdequats. Am Dienstag ereignete sich in Warchau ein entsetzlicher Vorfall, der mehrere Menschenleben gekostet hat. Als der Verwalter einer Privatglückerei, ein gewisser Kreutmann, das Haus des Großhändlers Burszow verlassen wollte, wurden plötzlich auf ihn von flur aus mehrere scharfe Schüsse abgegeben, die ihn tot zu Boden stießen. Der Großhändler eilte von der Straße her zu Hilfe, wurde aber ebenfalls durch mehrere Schüsse aus dem Hinterhalt niedergeschossen und seine aus dem Hause elende Tochter so schwer verletzt, daß sie bald darauf ihren Verletzungen erlag. Man bemerkte nicht, in guter Stellung, zwei gutgekleidete Damen, die auf das Haus ein regelrechtes Feuer eröffneten und während der toten Schiere auch eine Söldnerin übermann, die aus dem Hause fliehen wollte, erschossen. Infolge der allgemeinen Panik traute sich niemand an die Verbrecher heran, so daß diese sich zurückziehen und entziehen konnten, ehe sie erkannt wurden. Wie verlautet, handelt es sich bei dem entsetzlichen Verbrechen um den Nachbarn von Schlachthausangehörigen, die mit Kreutmann und Burszow schon seit langem in Feindschaft lebten.

Revolle in einer französischen Sträflingskolonie. In der Sträflingskolonie Mianne bei Montpellier brach eine Revolte aus. Siebenunddreißig junge Sträflinge

griffen die Gardarmen und Aufseher an, und zwei der ergriffen wurden niedergeworfen und verletzt. Die Meuterei verbotenen schließend, ein Tor zu sprengen und die Tür zu erzwingen. In dem kleinen Sträflingshause wurden die Sträflinge mehrere Tode vollständig aus, ohne daß die erschreckte Bevölkerung es wagte, nach entse einzuschreiten.

Getreide- und Produktenverkehr.

Berlin, 29. April.
Weizen lok. inkl. 190,00—195,00 Mk.
Roggen lok. inkl. 162,00 Mk.
Hafer fein 185,00—182,00 Mk., do. mittel 155,00 bis 164,00 Mk.
Weizenmehl Nr. 00 brutto 22,25—27,50 Mk
Roggenmehl Nr. 0 und 1 19,60—21,90 Mk.
Gerste inkl. leicht 144,00—151,00 Mk., do. schwerer frei Wagen und ab Bahn 152,00—165,00 Mk., do. russische frei Wagen leichtere 133,00—137,00 Mk.
Roggenkleie netto ab Mühle erkl. Sack 10,10 bis 10,60 Mk.
Weizenkleie grob netto erkl. Sack ab Mühle 11,20 bis 11,70 Mk., do. fein netto erkl. Sack ab Mühle 11,20 bis 11,70 Mk.

Reklameteil.

Das Urteil einer Oberin.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein so einfaches natürliches Mittel wie Malgum eine so vielseitige heilsame Wirkung entfalten könnte. Für Herbe, Blutmangel, Schwäche, Genuß, Verdauungsstörung, Lungenchwäche, bei Erkältungen, Husten, Heiserkeit, Appetitlosigkeit ist Malgum von Ärzten und Publikum hoch geschätzt. Eine „General-Oberin, vom Roten Kreuz schrieb über Malgum: Es hat ganz besonders bei untern, durch strengen Dienst überarbeiteten Schwestern vorzüglichste Erfolge erzielt.“ Malgum ist reines Malgum, Malgumtrakt mit Malgum. In Merseburg: Gotthardt-Drogerie, Hermannemann Kaiser-Drogerie Reichhold Kieck.

Henkel's Bleich-Soda

Das beste zum Einweichen der Wäsche sowie zum Putzen, Scheuern und Spülen. Altbekannt und unerreicht. HENKEL & Co., Düsseldorf.

Anzeigen zur Merseburg. Für diesen Teil übernimmt die Redaktion des Publikums gegen über keine Verantwortung.

Dank.

Für die uns erwiesene Teilnahme beim Tode unserer teuren Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank. Merseburg, den 30. April 1914. Emil Wähler nebst Angehörigen

Das Verfahren zum Zweite der Zwangsversteigerung des in Merseburg belegen, im Grundbuche von Merseburg Band 84 Blatt Nr. 3101 auf den Namen des Randungs Hermann Gauß in Frankleben eingetragenen Grundstücks, Wohnhaus, Feldstr. 15 wird aufgehoben, da der Antrag auf Zwangsversteigerung zurückgenommen ist — Der auf den 2. Mal 1914 bestimmte Termin fällt weg. Merseburg, den 28. April 1914. Königlich Amtsgericht.

In das Handels-Register A Nr. 204 betr. die Firma Alfred Beher in Merseburg ist heute folgende eingetragen: Die Firma ist erloschen. Merseburg, den 27. April 1914. Königlich Amtsgericht. Abt. 4.

Christiansenstraße 10 5 Zimmer mit Zubehör, hochparterre, mit großem Balkon, Bad u. Garten 1. Okt. zu verm. Näheres Christiansenstr. 6, 2. Tr.

Wohnung. 3 Stuben, 3 Kammern, Küche u. Anbehör, 1. Juli zu beziehen. (450 Mk.) Goll. geteilt. **Bahnstr. 10.** Altmengeschäft Ein Logis, 2 Stub., 2 Kamm., Küche und Zubehör, 1. Juli zu beziehen. Or. Ritterstr. 31.

Die hier von Herrn Ober-Reg. Rat v. Wolff benutzte herrschaftl. Wohnung ist im ganzen oder geteilt zu vermieten und zwar:

2. Etage (7 Zimmer, Küche und Nebengeb.). 3. Etage (7 Zimmer, Küche und Nebengeb.). Mes — schöne große Räume Domstraße 3.

Wohnung 3 Zimmer, Zubeh., 1. Juli zu bez. Dazu zum 1. Juli von 1. Enderhofen Lötzen gekauft. Angelote an Bism. Neu-rubis. Möbriustr. 3, erb. **Fid. Wohnung** Or. Ritterstr. 1. Juli. 11. Enderhofen unter 8 6 81 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer Silberhochzeit sagen herzlichen Dank. Kiel, 25. April 1914. Verbandssekretär **G. Wuttke u. Frau.**

Gestern verschied plötzlich und unerwartet in ihrem väterlichen Hause, wo sie zu Besuch weilte, die treusorgende Mutter u. d. Grossmutter ihrer Kinder und Enkel, unsere liebe Schwester

Frau Agnes verw. Schönemann geb. Rossberg aus Halle a. S.

Im Namen der tieftrauernden Angehörigen: **Karl Rossberg.**

Merseburg, den 30. April 1914. Trauerfeier findet in Halle, Einzäherung in Leipzig statt. Trauerspenden dankend verboten.

Suche zum 1. 10. herrsch. 5-6-Zimmerwohn. mit 3. Behör. Offerten u. Preisangabe an d. B. Halle a. S. Richard-Waagnerstr. 22, 2. Et.

Besser möbliertes Zimmer zu vermieten Lindenstraße 3. Möbl. Zimmer mit Kammer zu verm. Unter-Altenburg 20. pt. Gut möbl. Wohn- u. Schlafz. Zimmer zu vermieten Halleische Str. 69, II

Am 1. Mai ist ein schön möbliertes Zimmer mit Gartenbenutzung zu vermieten. Halleische Str. 30, I.

Möbliertes Zimmer zu vermieten Al. Ritterstr. 5, 3. Tr. Grundlich möbl. Zimmer zu vermieten Dammstr. 15. Großes einfach möbliertes Zimmer mit elektr. Licht ist zu vermieten. Wo? font die Exped. d. Bl.

Einem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich meine **Berliner Ofenseherei** sowie Wohnung mit dem heutigen Tage nach meinem Grundküd. Bahnhofstraße Nr. 3, verlegt habe.

Paul Galza, Löpfermeister NB. Bin an das Treibh. Neg. unter Nr. 208 angeschlossen.

Gut möbliertes **Wohn- u. Schlafzimm.** mit elektr. Licht sofort zu vermieten. Bad im Hause. Zu erst. in der Exped. d. Bl.

Möbl. Zimmer zu vermieten Neumarktstr. 1. Hof, 1. Tr.

Frdl. möbl. Zimmer zu vermieten. Laughester Str. 23.

Zwei möblierte Zimmer (eins davon Schlafzimm.), möglichst im Innern der Stadt gelegen, zum 1. Juni zu mieten gesucht. Gef. Offerten unter A. 50 an die Exp. d. Bl. erb.

Wenig geb. Aufwachtisch und 1 kleiner Handwagen billig zu verkaufen. **Stroßstr. Bahnh.**

Umgangshalber vorteilhaft zu verkaufen: ein franz. Billard, Länge 150 cm, Breite 100 cm, Höhe 85 cm, mit sämtl. Zubehör. Näheres Markt 8, 1. Tr.

Eine Grube Herbedünger zu verkaufen Weinberg 7.

Einige Fuhrn Mist verkauft Gerbeth 23 b Schkopau

Ziege mit böhmer Wildsch. Leistung, weit überzählig, zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Kleins Ziege, 5 Wochen alt, zu verkaufen Laughester Straße 26.

6 schwere belgische Arbeitspferde, von 24 die Auswahl, verkauft sofort preiswert Halle 5. Fuhr, eschüt, G. Orgstr. 13

Holzbearbeitungsmaschinen zu kaufen gesucht. Off. sad 11 21 d. d. Exped. d. Bl. erb.

Tomaten - Pflanzen, extra starke in Töpfen, Gemüse- u. Blumenpflanzen hält vorrätig G. Gagers, Gärtner, Friedrichstr. 1.

Empfehle: **Wast-Rindfleisch**, **Schmeer u. fettes Fleisch**, **Kalb- u. Hammelfleisch**, **frische Würst** Ernst Baumann, Gotthardstr. 80



Für Wanderbögel! Lauten Gitarren u. Mandolinen zu billigsten Preisen bei **Alfred Becher**, Musik-Instrumenten-Handlung, Ede Schmalz Str. : A. b. Gettel.



Trockenschmelz empfiehlt **Eduard Klauß**, Windberg.

MIS-farbene Zähne

weh zu bleichen wird in der Zahntechn. Rundschau „Chlorodont“ (gefehl. gefch.) warm empfohlen. Herr. erziehende Zahn-palla, auch gegen allen Mundgeruch und Zahnfleischentzündung garantiert ungeschädlich für den Schmelz. Tube 50 s und 1 A. Probebleich gratis. Überall erhältlich. **Nich. Kupfer, Dron, Markt 17.**

Einbruchs - Diebstahl Versicherungen vermittelt unter günstigen Bedingungen **Paul Ziehe, Or. Ritterstr. 27.**

Gas- und Wasserleitungen, Klosett- u. Badeeinrichtung. liefern fachgemäß und billigst an **G. S. Doppel & Co. Gotthardstr. 85.**

Wähmaschinen werden schnell u. gut repariert bei **E. Urecht, Halleische Str. 19.**

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abnahme von sechs Monaten: bei Zahlung im Voraus durch unsere Bankgasse in
den Staat und auf dem Sauberen Postkonto; durch die Post 1,20 Mk. unter 42 Pf.
— Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit an den Wochentagen nachmittags.
— Bei unserer Preisnachlassungen ist nur mit bester Druckerei verbunden.
— Die Abgabe ungelagerter Güternungen übernehmen wir keine Verantwortung.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
5seitig. Illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbel.
mit neuester Marktnotierungen

Anzeigenpreis für die erste Beilagen über deren Raum die Werbung und andere
Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen 20 Pf. Anzeigen von 20
20 Pf. im Restbetrag 40 Pf. Bei monatlichem Satz entsprechende Anzeigen
Wochentage nach Vereinbarung. Die Anzeigen sind in 2 Klassen zu
unterschieden: 1. Anzeigen, die nur den Namen und die Adresse
enthalten. 2. Anzeigen, die den Namen und die Adresse enthalten.
— Anzeigen für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher. Kleine
Anzeigen bis höchstens 9 Uhr. Samstagsanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 101.

Freitag den 1. Mai 1914.

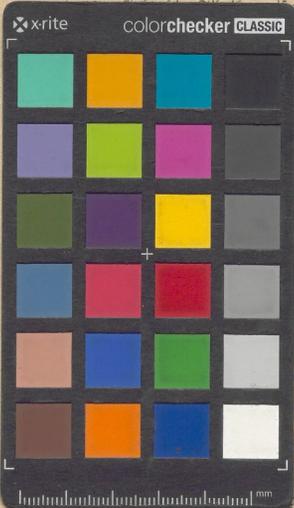
40. Jahrg.

Die Fideikommissionen im Lichte der Statistik

Von Dr. Herz Sarburg.

Le. Nach den Grundzügen des bürgerlichen Rechts darf niemand über sein Eigentum weiter als bis zur zweiten Generation verfügen, bei Fideikommissionen dagegen kann der Wille des Einzelnen allen künftigen Geschlechtern auferlegt werden. Die Ordnung des Fideikommissionenwesens ist leider dem Rechtsrecht entzogen, sie ist Sache der einzelnen Bundesstaaten. Die preussische Regierung hatte bereits im Jahre 1903 einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Fideikommissionsrecht neu regeln und die Bußsühnlichkeit der Bestimmungen beseitigen sollte. Dieser Entwurf ist lang- und langlos verschwunden. Jetzt liegt bekanntlich dem Landtage ein neuer Entwurf über Familienfideikommissionen und Familienstiftungen vor. In der ausgesprochenen Absicht, statistische Grundlagen für die volkswirtschaftliche Beurteilung der Fideikommissionen zu schaffen, hat der Regierungsrat Dr. Höpfer in der Zeitschrift des Königlich Preussischen Landesamtes in amtlichen Auftrage eine Arbeit über die Fideikommissionen in Preußen im Lichte der Statistik bis zum Ende des Jahres 1912 erscheinen lassen, die jetzt als Sonderabdruck vorliegt. Sie enthält detailliertes Material, das die offizielle Begründung des Gesetzentwurfs wertvoll ergänzt.

Im Jahre 1850, in dem die 1848 abgeschafften Fideikommissionen wieder eingeführt wurden, zählte man 519 Fideikommissionen mit 1,3 Millionen Hektar, 1895, im ersten Jahre der Fideikommissionstatistik, waren es 1022 mit 2,1 Millionen Hektar — 6,1 Prozent der Gesamtfläche des Staates. 1912 ist die Zahl auf 1277 mit 2,5 Millionen Hektar heraufgeschwollen. 7 Prozent des preussischen Staatsgebietes sind damit fideikommissionarisch gebunden. Im neuen Jahrhundert sind allein 203 Fideikommissionen mit 318 000 Hektar geschaffen worden; 24 1/2 Tausend Hektar jährlich sind also neu gebunden. Dem stehen allerdings in einigen Jahren nicht unbeträchtliche Abgänge gegenüber. Diese bedeuten aber nicht immer einen Abgang in freien Besitz; so ist z. B. im Jahre 1909 die Fideikommissionsherrschaft Keilen des Fürsten Sulkowski im Kreise Billa nach Aussterben der Familie an den Staat gefallen. Ein weiterer Abgang ist dadurch zu verdeutlichen, daß die Stolbergischen Stamngüter neuerdings nicht mehr als fideikommissionarischer Besitz angesehen werden. Gab es im Jahre 1903 noch 75 Kreise ohne Fideikommission, so sind es im Jahre 1912 23 Jahren gebunden



60 Besten im Jahrbuch. Von den Säulern 25 zu den An den Grafen (16). Bürger. Das Wort von Franz- st offentlich. für den t, namentlich Kriegeres, aus tätigt. Auch der Gang zu als es in den einer ganzen die bei der Erhebung der Monarchie ter verbreit. Bestfalls. hohenzollern-

schen Lande fallen nur 413 700 Hektar, d. h. nur etwa 1/6 der ganzen Fideikommissionfläche. Im Osten hat Schlesien mit 17,3 Proz. der Gesamtfläche der Provinz den größten Fideikommissionbesitz, im Westen (mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande, dessen Fideikommissionbesitz fast ganz fürstlicher Hausbesitz ist) Westfalen mit 7,8 Proz. der Gesamtfläche. An zwei Regierungsbezirken, Oppeln und Straßburg, gehört über 20 Proz., in drei Regierungsbezirken, Breslau, Sigmaringen und Posen, über 10 Proz. der Fläche den Fideikommissionen. 36 Fideikommissionen sind größer als 10 000 Hektar, 55 werden in der Größenklasse von 5—10 000 Hektar gezählt; diese 91 Fideikommissionen haben über eine Million Hektar Flächeninhalt. Die Meistenfideikommissionen sind überwiegend im Besitze der fürstlichen Geschlechter und deren Standesherrn, dann finden sie sich noch bei den Grafen, bei den sonstigen Adligen (sie fast bedeutungslos, bei den Bürgerlichen verschwinden sie ganz. Die Neubildungen haben allem Anschein nach die Neigung, mehr kleinere Güter fideikommissionarisch festzulegen. Nur in Pommern und in Schlesien ist die durchschnittliche Größe der Neubildungen in den letzten 12 Jahren gestiegen. Das liegt wohl hauptsächlich daran, daß die Fürsten und Magnaten sich wenig mehr an Neugründungen beteiligen und die meisten Waldgüter, die natürlich größeren Umfang haben, bereits seit langem fideikommissionarisch gebunden sind.

Der neue Entwurf will die Gründung neuer Fideikommissionen in denjenigen Kreisen unterlassen, in denen 10 Proz. der landwirtschaftlich genutzten Fläche bereits fideikommissionarisch gebunden ist. Das ist von 487 Landkreisen in 62 der Fall. Von diesen liegt einer in Hannover, je 2 in Westfalen, Sachsen, Westpreußen und der Rheinprovinz, je 4 in Brandenburg und in Schleswig-Holstein, 6 in Ostpreußen, 7 in Pommern, 9 in Posen, 23 in Schlesien (3 Kreise in Schlesien und 2 in Schleswig-Holstein haben mehr wie 30 Proz. Fideikommissionbesitz). Es sind also noch Kreise genug für Fideikommissionneugründungen vorhanden, selbst in Schlesien, dem Dorado der Fideikommissionen, bleiben noch 39 übrig. Der neue Gesetzentwurf gibt daher einen direkten Anreiz zu Neugründungen und dient damit mehr den Interessen der neuerdings ja auch organisierten Fideikommissionbesitzer als denen der Allgemeinheit.

(Schluß folgt.)

Die Geschäftslage im preussischen Abgeordnetenhaus

wurde am Mittwoch dabeist vom Abg. Bachnick eine herben, aber berechtigten Kritik unterzogen. Es drohen jetzt im Dreiklassenparlament Abendstimmungen; der Präsident kündigte sie bereits an, da es den Anschein hat, als ob ohne solche Sitzungen die Beratungen nicht vor Pfingsten bis zu dem gesteckten Ziel geführt werden können. Dr. Bachnick widersprach der Ansicht von Abendstimmungen — mit guten Gründen. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum die Beratungen so übers Knie gebrochen werden müssen, nachdem man bisher so lange getöddelt hat, daß nach Pfingsten nicht mehr getagt werden soll. Die fortschrittliche Volkspartei hat keinerlei Interesse daran, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen; ebensowenig aber kann sie ihre Zustimmung dazu geben, daß nun mit einemmal, lediglich um des Ruhebedürfnisses willen, die Beratungen durch Einsetzung von ershöpfenden Abendstimmungen übermäßig forciert werden.

Der fortschrittliche Abgeordnete sprach hierbei von der so außerordentlich in Anspruch genommenen Arbeits- und Nervenkraft der Abgeordneten; besonders insofern aber berührte es, daß er für seine Argumentation auch auf die Lage der Hausbeamten, der Stenographen und der Journalisten hinwies, die unter der unwürdigen Ausdehnung der Sitzungen und unter der angedrohten Ansetzung von Abendverhandlungen sehr schwer zu leiden haben würden. Da man die Absicht hat, die zahlreichen wichtigen Kommissionen nach Pfingsten noch einige Zeit liegen

zu lassen, so würde sich ein Zusammenbleiben des Plenums auch sachlich rechtfertigen; denn es ist eine starke Zumutung für die Kommissionsmitglieder, in Berlin zu bleiben, während die anderen Herren fröhlich in die Sommerferien gehen. Bleibt das Plenum ebenfalls noch hier, so haben die Kommissionen mehr Lust und Galt für ihre Arbeit, und es bleibt ihnen auch die Möglichkeit, bei wichtigen Anlässen sich mit ihren Fraktionen in Verbindung zu setzen. Jedenfalls aber sollte der Verlauf der jetzigen Session als vorwärtiges Beispiel dienen und die Regierung, die auch diesmal wieder viel zu spät einberufen hatte, veranlassen, schon im frühen Herbst die Neubearbeitung des Landtages stattfinden zu lassen. Man spricht davon, daß für den Wiederbeginn der Verhandlungen der 6. Oktober in Betracht kommt.

Ueber die Frage der Wahlrechtsreform

schreibt das führende Zentrumblatt, die „Köln. Volkszeitung“ in einem Artikel, der dem neuen Minister des Innern gewidmet ist:

Man hat im Zentrum stets die Notwendigkeit dieser Reform (der Wahlrechtsreform. D. Red.) betont und auch stets die Ansicht vertreten, daß eine gezielte Reform nur dann möglich ist, wenn die großen Parteien, Konervative, Freikonservative, Zentrum und Nationalliberale sich in dieser Frage auf einen billigen Ausgleich einigen. Das Zentrum legt dabei den Hauptdruck auf eine genügende Berücksichtigung und Schonung der Handwerker, der Gewerbetreibenden und der Bauern, die alle zusammen unter dem Begriff des Mittelstandes in Stadt und Land fallen. Vielleicht ist das Zentrum mit dieser Forderung gar nicht allzu weit entfernt von dem Programm des neuen Ministers des Innern und des Reichsministers in der Wahlrechtsfrage. Wir sind übrigens mit Herrn v. Bethlig ganz der Ansicht, daß die Wahlrechtsfrage heute noch gar nicht akut ist.

Hieraus geht hervor, daß die Zentrumspartei auch in Zukunft ihrer Tatkraft treu bleiben wird, grundrätlich und programmatisch die populäre Forderung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auch für Preußen aufzustellen, in der Praxis aber, wenn überhaupt, dann nur solchen Änderungen zuzustimmen, die im wesentlichen alles beim Alten lassen. Man muß übrigens dem Zentrum das Zeugnis ausstellen, daß es mit seiner Abneigung gegen die Verwirklichung seines eigenen Programms in der Tat auch schon früher nicht hinter dem Berge gehalten hat. In dem letzten Landtagswahlausruf des Zentrums vom Jahre 1913 war klar und deutlich zu lesen, daß diese Partei in der Änderung des preussischen Wahlrechts in absehbarer Zeit nicht weiter gehen würde als bei dem konföderativ-merkmalen Kompromiß von 1910, nämlich bis zur Einföhrung der geheimen Wahlmännerwahl unter Beibehaltung der öffentlichen Abgeordnetenwahl. Daß dies überhaupt keine Reform ist, sondern eher das Gegenteil davon, weiß man im Zentrum natürlich gleichfalls, und deshalb hat man auch, wie wir aus der „Köln. Volkszeitung“ jetzt sehen, gar keine Eile damit, dieses angebliche Reformwesen in die Tat umzusetzen.

Was nun die Nationalliberalen anlangt, so möchten wir auf eine Bemerkung der rechtsliberalen „Düsseldorfer Zeitung“ hinweisen, die wie folgt lautet:

Wer aber ehrlich sein will, muß zugeben, daß zurzeit für kein einziges Wahlreformprogramm im Abgeordnetenhaus — von der freien Kammer ganz zu Schweigen — eine Mehrheit vorhanden ist. Denn zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen steht immer noch die Drittelungsfrage; für die einfache Einföhrung der geheimen und direkten Wahl ist gegenwärtig ein nicht unerheblicher Teil der preussischen Nationalliberalen (d. h. der Abgeordneten — von den Wählern ist es